

Postulat Fraktion SVP/JSVP (Erich J. Hess, JSVP) vom 18. August 2005: Einführung einer Abgabepflicht für lukrative Nebenjobs der Berner Gemeinderäte; Fristverlängerung (Punkt 2)

In der Stadtratssitzung vom 27. April 2006 wurde Punkt 2 der folgenden Motion in ein Postulat umgewandelt und als solches erheblich erklärt:

Stadtpräsident Alexander Tschäppät hat schnell reagiert und damit aus dem Fall „Mietzinsaffäre“ seines Amtsvorgängers rasch gelernt.

80'000 Franken für einen Job den man während der Freizeit und in den Ferien erledigen kann (gemäss eigenen Angaben im Bund-Interview 1 Tag pro Monat, d.h. pro Tag Fr. 6'666.65 !) sind für einen Sozialdemokraten beachtlich und für eine Gewerkschaft beträchtlich, ja im höchsten Masse unanständig.

Gemäss Jahresbericht 2004, Statistik, Band Nr. 3, werden auf den Seiten 54 und 55 die Mandate (nur diejenige von Amtes wegen) der Gemeinderäte fein säuberlich aufgelistet. Auf dieser Liste fehlen jedoch die privaten Ämter, Chargen, Vorstandsengagements und weitere Interessenvertretungen.

Während von städtischen, kantonalen und eidgenössischen Parlamentariern die volle Transparenz verlangt wird, scheint diese beim Berner Gemeinderat nicht gefragt zu sein.

Am Nationalratsamt von Gemeinderat Kurt Wasserfallen wurde gerade hier im Rat kein guter Faden gelassen und eine Abgabe von $\frac{3}{4}$ der Entschädigung war fast für alle klar. Nicht mit den Wölfen geheult hatte jedoch Alexander Tschäppät. Warum haben wir in der Zwischenzeit alle erfahren.

Wir beauftragen den Gemeinderat

1. Sämtliche privaten Mandate und Interessenverbindungen mittels einer öffentlichen Liste zugänglich zu machen.
2. Sämtliche Ämter mit Entschädigungen/Spesen/Sitzungszulagen von mehr als 5'000 Franken pro Jahr mit den entsprechenden Betrag auszuweisen.
3. Dem Stadtrat ein Reglement vorzulegen, wonach aus lukrativen Nebenjobs inskünftig $\frac{2}{3}$ bis $\frac{3}{4}$ an die Stadtkasse abzuliefern sind (Anmerkung: Entschädigungen für Mandate von Amtes wegen gehen heute vollumfänglich in die Stadtkasse).

Bern, 18. August 2005

Motion Fraktion SVP/JSVP (Erich J. Hess, JSVP), Margrit Thomet, Ueli Jaisli, Peter Bühler, Rudolf Friedli, Thomas Weil, Erich Ryter, Simon Glauser, Dieter Beyeler, Lydia Riesen, Ernst Stauffer, Daniel Lerch, Mario Imhof

Bericht des Gemeinderats

Das Postulat der Fraktion SVP/JSVP steht inhaltlich in engem Zusammenhang mit drei Motionen und einem weiteren Postulat, welche zur näheren Regelung der Nebenbeschäftigungen der Gemeinderatsmitglieder eingereicht und überwiesen worden sind:

- Motion Fraktion SP/JUSO (Raymond Anliker/Béatrice Stucki/Michael Aebersold, SP): Revision des Reglements über die Ablieferung von Entschädigungen von Mitgliedern des Gemeinderats aus der Parlamentstätigkeit (Ablieferungsreglement; ALR; SSSB 152.12) (SRB 169 vom 27. April 2006).
- Motion Catherine Weber (GB): Klare Regelung für Nebenbeschäftigungen der Gemeinderatsmitglieder (SRB 170 vom 27. April 2006).
- Motion Fraktion SVP/JSVP (Erich J. Hess, JSVP): Einführung einer Abgabepflicht für lukrative Nebenjobs der Berner Gemeinderäte (SRB 171 vom 27. April 2006).
- Postulat Fraktion SP/JUSO (Michael Aebersold/Béatrice Stucki/Raymond Anliker, SP): Transparenz in Politik, Wirtschaft und Verwaltung: Offenlegung von Ämtern, Mandaten, Arbeitszeit und finanzieller Abgeltung für Kaderleute (SRB 172 vom 27. April 2006).

Die Erarbeitung einer Vorlage zu den drei Motionen ist in vollem Gang, aber noch nicht abgeschlossen. Aufgrund der erwähnten inhaltlichen Überschneidungen ist es sinnvoll, die Beantwortung der Postulate und der Motionen inhaltlich aufeinander abzustimmen; diese inhaltliche Abstimmung führt zwingend auch zu einer zeitlichen. Der Gemeinderat plant deshalb, dem Stadtrat den Prüfungsbericht zum Postulat Fraktion SVP/JSVP zusammen mit der Vorlage zu den drei Motionen und dem Prüfungsbericht zum Postulat Fraktion SP/JUSO zu unterbreiten.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Fraktion SVP/JSVP (Erich J. Hess, JSVP) vom 18. August 2005: Einführung einer Abgabepflicht für lukrative Nebenjobs der Berner Gemeinderäte; Fristverlängerung (Punkt 2).
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erstellung des Prüfungsberichts bis zum 23. April 2008 zu.

Bern, 21. März 2007

Der Gemeinderat